

Antrag 402/II/2019**Ini 02 - Initiativantrag und zugleich Ersetzungsantrag zum Antrag 128/II/2019 Verbeamtung von Lehrkräften**

1 Der Landesparteitag bekräftigt seine bereits am 30. März
2 2019 erfolgte Ablehnung der (Wieder-) Einführung der
3 Verbeamtung von Lehrkräften.

4
5 Wir erwarten von den sozialdemokratischen Mitglieder
6 des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses, dass
7 die vom Landesparteitag am 30. März 2019 beschlosse-
8 nen Maßnahmen zum Ausgleich der Nachteile von ange-
9 stellten Lehrkräfte in Berlin im Vergleich zu ihren verbe-
10 amteten Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundeslän-
11 dern aber auch innerhalb Berlins unter Ausschöpfung al-
12 ler rechtlichen Möglichkeiten umgesetzt werden.

13
14 Hierzu gehören entsprechend dem beschlossenen Antrag
15 121/I/2019 für die angestellten Lehrkräfte:

- 16
- 17 1. Das unbefristete Beschäftigungsverhältnis bei voll-
18 ausgebildeten Lehrkräften muss Regelfall werden
- 19 2. Entlastung der derzeitigen Pflichtstunden und ins-
20 gesamt eine deutliche Reduzierung der Wochenar-
21 beitsstunden für Lehrkräfte.
- 22 3. Gehaltssteigerungen der angestellten Lehrkräfte
23 unter Prüfung einer im Rahmen des geltenden Tar-
24 ifvertrags möglichen Zulage von bis zu 20%
- 25 4. die Anwärter*innenbezüge für die Zeit des Vorberei-
26 tungsdienstes finanziell spürbar zu erhöhen, min-
27 destens jedoch an die Bezüge im Land Branden-
28 burg anzugleichen, die Lohnzahlungen des Vorbe-
29 reitungsdienstes in Teilzeit auf das Niveau der Voll-
30 zeit anzuheben sowie vollständige Übernahme der
31 Sozialversicherungsbeiträge durch das Land Berlin
32 zu gewährleisten.
- 33

34 Gemäß beschlossenen Antrag 118/I/2019 ist der Partei zu-
35 dem durch die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
36 nats und des Abgeordnetenhauses das Ergebnis der be-
37 auftragten Prüfung vorzulegen, ob und wie strukturel-
38 le Differenzen zwischen angestellten und verbeamteten
39 Lehrkräften bezüglich der

- 40
- 41 1. Steuerlast,
- 42 2. Sozialabgaben,
- 43 3. Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall,
- 44 4. Zuschläge (z.B. Familienzuschläge) und
- 45 5. Alterssicherung
- 46

47 abgebaut werden können. Der Partei ist bis Ende 2019
48 über die Umsetzung o.g. Maßnahmen gem. Beschluss
49 121/I/2019 und Ergebnisse der o.g. Prüfaufträge gem. Be-
50 schluss 118/I/2019 schriftlich zu berichten.

51

52 Ferner sind die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
53 nats und des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Er-
54 gebnis der beschlossenen landesweiten Untersuchung zu
55 Motiven für einen Wechsel in andere Bundesländer vor
56 und nach dem Referendariat sowie für den Nichteintritt in
57 den Schuldienst nach abgeschlossenen Studium der Par-
58 tei vorzulegen.

59

60 Eine unserer größten Sorge ist die Gesundheit und Ar-
61 beitsfähigkeit der bereits beschäftigten Kolleginnen und
62 Kollegen, nicht nur, weil inzwischen jährlich über 600 Kol-
63 leginnen und Kollegen vorzeitig gesundheitsbedingt aus
64 dem Lehrberuf ausscheiden. Daher ist die Umsetzung der
65 Aufträge des Landesparteitages aus dem März 2019 zur
66 umfassenden Verbesserung der Arbeitssituation dringlich
67 anzugehen. Insbesondere ist auch die deutliche Erhöhung
68 der Zahl der in den Schulen tätigen Sozialarbeiter*innen,
69 Psycholog*innen nunmehr zur Verbesserung der Betreu-
70 ungssituationen und der Entlastung der Beschäftigten
71 kurzfristig zu veranlassen. Sollte dabei erreicht werden,
72 dass die Zahl der Versetzungen von Lehrkräften in andere
73 Bundesländer von zuletzt 50 im Jahr auch reduziert wer-
74 den kann, wäre dies Ausdruck einer erfolgreichen Umset-
75 zung der Parteitagsaufträge.